

Doppelstandards: Journalismusforscher sieht Defizite in der Iran-Berichterstattung

Drohnenabschüsse, obskure Videos von angeblichen Sabotageakten, Tanker-Beschlagnahmungen, wechselseitige Drohungen: Angeblich will keiner einen Krieg am Persischen Golf, aber niemand scheint ihn aufzuhalten. Im Interview kritisiert Journalismusforscher Florian Zollmann die Iran-Berichterstattung.



Hintergründe unklar: Mitte Juni brannte ein Öltanker im Golf von Oman. Fast täglich kommt es zu neuen Vorfällen in der Region. Quelle: dpa

Leipzig/Newcastle. Seit die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen sind, scheint die Welt auf einen Krieg am Persischen Golf zuzusteuern. Welche Rolle spielen dabei die Medien? Darüber sprachen wir mit dem Journalismusforscher Florian Zollmann (42). Er ist Programmdirektor des Bachelor Studienganges Journalismus, Medien und Kulturwissenschaft an der Newcastle Universität in England und Stellvertretender Direktor der Organisation for Propaganda Studies.

Angeblich will keiner einen Krieg am Persischen Golf, aber niemand scheint ihn aufzuhalten. Wie nehmen Sie die Berichterstattung wahr?

Ich sehe, dass westliche Stimmen und Erklärungsmuster in den Nachrichten der Leitmedien überrepräsentiert sind. Das

70% OFF



 Gearbest

ANZEIGE

führt dazu, dass die von der US-Regierung aufgebaute Drohkulisse auch in den Medien stark zur Geltung kommt. Und es gibt auch ideologische Annahmen in den Medien. So sprechen Leitmedien wie der „Spiegel“ von einem „USA-Iran-Konflikt“. Das Wort Konflikt deutet auf Zweiseitigkeit hin. Dabei war sich die Staatengemeinschaft im Prinzip einig über die Gültigkeit des 2015 abgeschlossenen Atomabkommen mit dem Iran. Nun hat die Trump-Regierung dieses Abkommen vor etwa einem Jahr einseitig aufgekündigt. Es entspräche also der Faktenlage, die Trump-Regierung als Aggressor zu bezeichnen.

Finden die historischen Hintergründe angemessen Berücksichtigung?

Kaum. Viele Iraner erinnern sich aber daran, wie die USA und Großbritannien 1953 einen Putsch initiierten, der den demokratisch gewählten Premierminister Mohammad Mossadegh stürzte und die Herrschaft des Schahs einleitete. Ein wesentlicher Grund für diesen Putsch war, dass Mossadegh die iranische Ölindustrie, die sich vollständig in der Hand der britischen Anglo-Iranian Oil Company befand, nationalisiert hatte. Unter dem Schah wurden daraufhin 80 Prozent der iranischen Ölindustrie unter die Kontrolle von britischen und US-amerikanischen Firmen gestellt. Nach der Islamischen Revolution von 1979 wurde die enorme iranische Ölindustrie wieder verstaatlicht. Könnte Irans Weigerung, diese Ressourcen in das von Washington und dem Westen präferierte globale „Marktsystem“ zu integrieren, etwas mit dem Streit um das Atomprogramm zu tun haben? Diese wichtigen Sachverhalte werden von den Medien kaum berücksichtigt.

Wird mit zweierlei Maß gemessen?

Zuweilen schon. Auch auf die folgenden Aspekte wird nur selten hingewiesen: Der Iran hat den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, dessen Artikel IV Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke erlaubt. Dennoch wurden dem Iran von den USA weitreichende Sanktionen auferlegt, die der iranischen Bevölkerung enormen Schaden zufügen. Demgegenüber besitzen eine Reihe von Staaten in der Region Atomwaffen: Israel, Indien und Pakistan. Im Gegensatz zum Iran werden diese Länder nicht öffentlich verurteilt, obwohl sie sich weigern, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Es gibt auch kaum Stimmen in den Medien, die fordern, dass Israel, Indien und Pakistan ihre militärischen Atomprogramme für Inspektionen der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) zugänglich machen sollen oder dass diese Länder Sanktionen unterworfen werden sollen, bis sie sich ebenfalls den Kontrollen der IAEO öffnen.

Woran liegt das?

Zahlreiche Forschungsarbeiten belegen, dass die Medien die Stimmen politischer Amtsträger gegenüber Stimmen aus der Gesellschaft bevorzugen. Politikern aus sogenannten Elitenationen wird von Journalisten ein hoher Nachrichtenwert zugeschrieben. Außerdem ist es relativ kostengünstig für Medienorganisationen, Statements aus Politik und Wirtschaft in Nachrichten zu verwerten. Kommerzieller Druck und der in den letzten Jahren durch Redaktionsverschlankungen forcierte Personalangel begünstigen diesen Prozess weiter. Studien zeigen, dass in Leitmedien tätige Journalisten über gemeinsame Arbeit in Netzwerken und Interessengruppen mit Vertretern der Macht auf

verschiedene Weisen interagieren. Dies führt zu einer Nähe zwischen Politik, Wirtschaft und Journalismus, die sich ebenfalls auf die Berichterstattung auswirken kann. Natürlich gibt es auch Beispiele von seriösem Journalismus.

Dass Ihre Kritik hier zumindest Anklänge an den rechten Diskurs von den „Systemmedien“ und der „Lügenpresse“ aufweist, ist Ihnen aber bewusst, oder?

Ganz im Gegensatz zu diesen Kreisen liegt mir sehr viel an einer objektiven und freien Presse. Meine Kritik basiert auf wissenschaftlichen Theorien, die schon seit langem die medialen Defizite der Berichterstattung über Politik, Arbeiter, Frauen, ethnische Minderheiten oder Migranten aufzeigen. Was ich beschreibe, spiegelt die Ergebnisse zahlreicher Studien wider, die belegen, wie kommerzieller Druck, Nachrichtenwerte, Redaktionsverschlingungen, Eigentumsstrukturen oder organisationsbedingte Zwänge auf die Leistung der Medien einwirken.

Zurück zum Ausgangspunkt: Finden in der Iran-Berichterstattung Dämonisierungen statt – etwa im Vergleich zur Berichterstattung über Saudi Arabien, wo ja Menschenrechte auch nicht ganz oben auf der Agenda stehen?

Insofern die deutsche Politik und Wirtschaft ein Interesse an Handelsbeziehungen mit dem Iran haben, kommen auch deeskalierende Meinungen zu Wort. So bekannte sich beispielsweise der deutsche Außenminister Heiko Maas zum Atomvertrag mit dem Iran. Dennoch hat die Berichterstattung der letzten Jahre den Iran eher dämonisiert. Der ehemalige US Präsident George W. Bush sah den Iran als Teil seiner „Achse des Bösen“. Dieses Zerrbild wurde von den Medien, zumindest teilweise, übernommen. Dabei bleibt in den Medien meistens unerwähnt, dass der Iran in den letzten 100 Jahren kein Land militärisch angegriffen hat. Die innenpolitischen Repressionen sind sicherlich zu verurteilen. Dennoch ist die Situation der Menschenrechte in Saudi-Arabien, einem der engsten Verbündeten des Westens in der Region, sicher nicht weniger schlimm als im Iran.

Militärisch ist der Iran durchaus auch im Ausland aktiv – über die Hisbollah im Libanon und in Syrien sowie mit Milizen im Irak. Außerdem fantasieren führende Vertreter der Regierung immer wieder von der Vernichtung Israels. Darüber zu berichten, ist doch nicht falsch, oder?

Sicherlich sind solche Äußerungen und auch Irans Unterstützung von Milizen in anderen Ländern zu verurteilen. Wenn jedoch die USA oder Israel ihrerseits dem Iran drohen, dann sollte das aber auch verurteilt werden. Es geht also nicht darum, den Iran reinzuwaschen, man sollte allerdings keine Doppelstandards anlegen.

Anfang des Monats hat Großbritannien – ein Land, das die EU verlassen will – auf Ersuchen der USA einen iranischen Tanker beschlagnahmt, weil dieser gegen EU-Sanktionen gegen Syrien verstoße, wie gemeldet wurde. Ist der Iran an EU-Sanktionen gebunden? Und warum ist die mediale Aufregung nach der Beschlagnahmung eines britischen Tankers durch den Iran am vergangenen Freitag so viel größer?

Ich bin kein Rechtsexperte und kann daher keine Auskunft über die rechtliche Situation geben. Man sieht aber auch hier, dass Doppelstandards angelegt werden. Die Entrüstung über die Festsetzung eines britischen Schiffes durch den Iran erscheint auch mir weitaus größer. Diese Entrüstung passt in eine lange Historie bewusster Eskalation. Man erinnere sich an den US-Eintritt in den Vietnamkrieg im Jahr 1964. Damals hatte die US Regierung behauptet, vietnamesische Schiffe hätten US-Zerstörer im Golf von Tonkin angegriffen. Diese Episode wurde von den USA als Kriegsgrund herangezogen. Dabei hatten US-Spezialkräfte zuvor verdeckte Sabotageaktionen gegen nordvietnamesische Einrichtungen durchgeführt. Dass die Aktionen Nordvietnams ihrer Verteidigung dienten, ist heute sogar kaum unter Historikern umstritten. Die US-Presse unterstützte damals jedoch den Eintritt der USA in den Krieg.

Von Florian Zollmann ist 2017 bei Peter Lang, New York, das Buch „Media, Propaganda and the Politics of Intervention“ erschienen

Von Jürgen Kleindienst



Anzeige

Unabhängig von der Hausbank mit Online-Firmenkredit

Immer mehr Unternehmer nutzen Online-Firmenkredite, um unabhängiger von der Hausbank zu werden. Sie profitieren von schnellen Prozessen und sparen dabei viel Zeit. Bei Fragen gibt es immer einen persönlichen Ansprechpartner. Die Koppe Apparatebau GmbH hat damit kurzfristig größere Aufträge vorfinanziert und so den Umsatz mehr als verdoppelt.

Leiden Sie unter Gelenk- und Knieschmerzen? Dies kann helfen

JointFuel Nahrungsergänzungsmittel |

Anzeige

Ärzte verraten: "Es ist wie ein Kärcher für Ihren Darm"

Nutravya | Ergänzungsmittel |

Anzeige

Lisa Martinek ist tot - ihr Leben in Bildern

stern |

Anzeige

Unfassbar: Diese 19 Stars starben auf extrem tragische Weise

Desired |

Anzeige

Top 14 der hässlichsten Städte Deutschlands

Meine Orte |

Anzeige

Die Top-Elf der Ex-Münchner: Ihren Verkauf bereut der FC Bayern!

Fussballfieber |

Anzeige

15 Jahre nach dem Aus ihrer Talkshow bei Pro7: So sieht Arabella Kiesbauer heute aus

Kino |

Anzeige

Am Ende wird er etwas tun müssen, was Populisten rund um die Welt fürchten

LVZ

Allzeit-Rekord von 40,3 Grad wackelt - teils mehr Patienten durch Hitze

LVZ

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

[DeineTierwelt.de](#) | [DeineAnzeigenwelt.de](#) | [Fyndoo](#) | [Radio.de](#)